

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW

Newsletter März 2021

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
hier der Newsletter mit Veranstaltungshinweisen rund um Ostern.
Wie immer der Hinweis, dass wir diesen Newsletter gerne auch anderen Interessierten
zukommen lassen!
Einfach eine Info an diese Adresse: dfg-vk.nrw@t-online.de (Auch für Abbestellungen)

Mit pazifistischen Grüßen,

Joachim Schramm
Landesgeschäftsführer

- 1) Ostermarsch 2021 – wieder auf der Straße
- 2) Online Diskussionsreihe „Bewaffnete Drohnen“ im März
- 3) Wilfried Porwol und das Nazi-Denkmal
- 4) NRW-Versammlungsgesetz stoppen!
- 5) Klimastreik 19. März

1.) Ostermarsch 2021 – wieder auf der Straße

„Trotz Corona - die Friedensbewegung ist Ostern aktiv für Frieden, Entspannung und Abrüstung, wo es geht auf der Straße, aber auch online. Der Ostermarsch lädt alle Menschen ein, vom 02. bis 05. April 2021 in den Städten an Rhein und Ruhr für den Frieden zu demonstrieren!“ So beginnt der Aufruf zum **Ostermarsch Rhein/Ruhr** und auch an anderen Orten in NRW finden in diesem Jahr wieder Ostermärsche auf der Straße statt: in **Bielefeld, in Düren, in Münster, in Dülmen**. „Die Pandemie macht eindringlich deutlich, wohin falsches staatliches Handeln zu Lasten der Bevölkerung führt: Während der Militäretat für 2020 auf über 45 Mrd. € erhöht wurde, waren für die Gesundheit zunächst nur 15 Mrd. vorgesehen.“ heißt es weiter in dem Aufruf. Gegen neue Atombomber, gegen Killer-Drohnen und gegen das 2%-Aufrüstungsziel wenden sich die Osteraktionen. Mehr Geld für Gesundheit und für Klimagerechtigkeit, mehr Engagement für Zivile Konfliktbearbeitung sind die Forderungen. Bei Ostermarsch Rhein/Ruhr reden u.a. **Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag)**, **Özlem Demirel (MdEP Die LINKE)**, **Michael Müller (Vorsitzender Naturfreunde)** und **Sevim Dagdelen (MdB Die LINKE)**. Die DFG-VK ist überall mit dabei. Infos zu den einzelnen Aktionen unter <https://nrw.dfg-vk.de/aktionen/ostermarsch>

2.) Online Diskussionsreihe Bewaffnete Drohnen (Achtung erster Termin schon heute!)

Voraussichtlich am 24. März soll der Bundestag über die deutsche Beteiligung an der Entwicklung der **bewaffnungsfähigen „Eurodrohne“** abstimmen, ein gemeinsames Projekt von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Die SPD-Führung hat im Februar den Koalitionspartnern zugesagt, der nächsten Entwicklungsphase der Eurodrohne zuzustimmen, sich jedoch vorbehalten, über deren Bewaffnung erst später zu entscheiden. Mitte dieses Jahres wird der Bundestag vermutlich über die deutsche Teilnahme an der Finanzierung des **„Future Combat Air Systems“ (FCAS)** entscheiden, das Frankreich, Deutschland und Spanien ab 2040 einsetzen wollen. Das System besteht aus neuartigen Kampfflugzeugen, die Atomwaffen tragen und die mit bewaffneten „Eurodrohnen“ und weiteren, im Schwarm fliegenden bewaffneten autonomen Drohnen vernetzt werden sollen. Branchenkenner rechnen für FCAS mit einem Umsatz von 500 Mrd. Euro. Das vorläufige „Nein“ zur **Bewaffnung der „Heron TP“-Drohnen** ist international eine Ermutigung, die digitale Kriegsführung unter Kontrolle zu bringen und bewaffnete Drohnen zu ächten. Darüber sprechen wir mit US-Veteran*innen des Drohnen-Programms, Expert*innen der Künstlichen Intelligenz und des Völkerrechts sowie mit Gästen aus Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan und dem Irak in einer 3-teiligen Online-Diskussionsreihe. Termine sind der 11., der 14. und der 18. März jeweils um 19 Uhr. Man kann sich den Stream anschauen oder per Zoom direkt mit Übersetzung teilnehmen. Veranstalter sind das Alois Stoff-Bildungswerk der DFG-VK NRW und das Netzwerk Drohnen-Kampagne. Mehr unter <https://nrw.dfg-vk.de/nrw-unsere-themen-ruetzung>

3.) Wilfried Porwol und das Nazi-Denkmal

Im letzten Newsletter hatten wir den Prozess des Klever Amtsgerichts gegen den Friedensaktivisten und Künstler Wilfried Porwol angekündigt. Am 7. Dezember verurteilte ihn das Gericht wegen „gemeinschädlicher Sachbeschädigung“, weil Wilfried das Kalkarer Kriegerdenkmal mit dem Hitlerzitat nicht länger unkommentiert in der Gegend stehen lassen wollte, sondern bunt angemalt hatte. Das Urteil erregte in der Region viele Unmut, eine Folge war ein Bürgerantrag, mit dem die Stadt Kalkar aufgefordert wird, das Nazi-Denkmal abzureißen. Doch die Justiz ist nicht auf Wilfrieds Seite. Nach dem Urteil vom Dezember teilte nun die zuständige Staatsanwältin Wilfried Porwol mit, dass seine **Anzeige gegen zwei Männer** aus der Region nicht weiter verfolgt und das **Verfahren eingestellt** würde. Die Männer hatten den **Künstler im Netz bedroht** und seine Adresse öffentlich gemacht. Die Staatsanwaltschaft kam zu dem Ergebnis, dass die im Netz stehende, auf Wilfried bezogene Äußerung des einen Mannes, "Dem solle man mit seinem Schädel so lange in Stein hauen bis er platzt ..." keineswegs eine Bedrohung darstelle und natürlich auch nicht die dazugehörige Veröffentlichung von Wilfrieds Anschrift und seiner Festnetznummer durch den anderen Mann. Es sei vielmehr lediglich eine "Äußerung im Rahmen seiner Unmutsbekundungen" über seine "Farbgestaltungen" auf dem "Denkmal". Tagtäglich hören wir inzwischen, man müsse energisch gegen Hass und Hetze im Netz vorgehen. Hier hätte die Staatsanwaltschaft Kleve die Gelegenheit dazu gehabt und scheiterte kläglich. Tätiger **Antimilitarismus und Pazifismus ist wohl nicht so schützenswert**, hat man den Eindruck. Wilfried und seine Freund*innen lassen sich jedoch nicht irritieren: Am 27. März findet in Kalkar eine **Mahnwache gegen das Nazi-Denkmal** statt. Ort und Zeit in Kürze auf unserer Homepage: <https://nrw.dfg-vk.de/aktionen/kalkar>

4.) NRW-Versammlungsgesetz stoppen!

Die NRW-Landesregierung plant einen massiven Angriff auf das Demonstrations- und Versammlungsgesetz. Sollte dieser Gesetzesentwurf tatsächlich durchkommen, würden u.a. Aufrufe zur Blockade oder Störung von Naziaufmärschen unter Strafandrohung von bis zu zwei Jahren gestellt werden. Ein großer Teil antifaschistischer Arbeit würde schlichtweg verboten werden, und auch für andere Protestbewegungen hätte das Gesetz verheerende Auswirkungen. Die erste Lesung des Gesetzentwurfes fand im Windschatten der Pandemie bereits Ende Januar im NRW-Landtag statt.

- Mit dem neuen Gesetz wäre bereits die Vorbereitung und **Einübung von Blockaden** verboten, auch wenn ein konkretes Versammlungsgeschehen nicht absehbar ist. Hier zielt man konkret auf Blockadetrainings ab. Entsprechende Trainings von Atomwaffengegner*innen, „Ende Gelände“, Extinction Rebellion oder auch „Fridays for Future“ würden damit kriminalisiert.

– **Videoüberwachungen** werden vereinfacht. Hier reicht dann schon eine unbestimmte Versammlungsgröße, wenn die Polizei die Überwachung zur „Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes“ wegen der „Größe oder Unübersichtlichkeit“ für erforderlich hält.

– Aus geradezu jedem Grund, den die Polizei als eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ annimmt, muss der Veranstalter eine Liste mit **Namen und Adressen der Ordner** herausgeben – unabhängig davon, ob die vermeintliche Gefahr von den Ordnern ausgehen mag, oder eben von anderen Umständen.

- Das sogenannte **Militanzverbot** verbietet neben der Uniformierung auch eine „in vergleichbarer Weise“ „vermittelte“ „einschüchternde“ Wirkung. Hier zählen vielleicht auch die Gewerkschaftswesten von streikenden Kolleg*innen demnächst dazu.

Gegen dieses katastrophale Gesetz hat sich ein **Bündnis "NRW Versammlungsgesetz stoppen - Grundrechte erhalten"** mit mehreren Dutzend Gruppen gebildet, dem auch die DFG-VK angehört. In verschiedenen Städten haben bereits Demonstrationen stattgefunden.

5.) Klimastreik 19. März

Fridays for Future ruft jetzt im März zu einem neuen Protesttag auf: „Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Politik zu unterschiedlichen Antworten auf globale Krisen in der Lage ist. Doch **die Klimakrise wartet nicht darauf, bis wir die Pandemie überwunden haben**. Dieses Jahr ist Bundestagswahl, deswegen fordern wir jetzt entschiedenes Handeln statt leerer Versprechen. Die nächsten vier Jahre sind entscheidend, um das Schlimmste noch abzuwenden. Schon heute ist die Klimakrise für so viele Menschen weltweit und besonders im Globalen Süden lebensbedrohlich. **Doch bisher hat keine Partei ein Programm, mit dem wir das 1,5-Grad-Limit einhalten. Deswegen machen wir diese Wahl zur Klimawahl.**“ **So steht es im Aufruf zum Klimastreik-Tag 19. März**

Auch die Friedensbewegung unterstützt die Klimabewegung, denn Militär ist einer der größten Klimasünder weltweit mit Manöveraktionen und Kriegsaktivitäten. Allein das US-Militär stößt mehr

CO2 aus als der ganze afrikanische Kontinent. In Köln, Bochum, Herne, Dortmund, Bielefeld und in anderen Städten in NRW finden Aktionen statt, an denen auch Friedensaktivisten teilnehmen.

Infos, Aktionen, Neuigkeiten - die DFG-VK NRW im Internet: <http://www.nrw.dfg-vk.de>

Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, kann steuerabzugsfähig spenden an unser Alois Stoff-Bildungswerk: <https://nrw.dfg-vk.de/wir-in-nrw/alois-stoff-bildungswerk>